

Georgien

Mariam Khotenashvili*

Die erste Jahreshälfte 2020 war geprägt von großflächigen und öffentlichen Protesten gegen die russische Besatzung und für die georgische Demokratie, einschließlich der Forderung nach einem gerechteren Wahlsystem. Die Rechtsstaatlichkeit in Georgien wurde jedoch geschwächt, da mehrmals übermäßige Gewalt gegen friedliche Demonstrationen angewendet wurde. Die Bedenken betreffen die Kontrolle der Regierungspartei über die Justiz, die Manipulation der öffentlichen Meinung durch Desinformation¹ und die Unterstützung von hassschürenden Gruppierungen.² Die Zivilgesellschaft war sehr aktiv und wurde von europäischen Kräften und den USA dabei unterstützt, die Regierung auch weiterhin zur Verantwortung zu ziehen. Die Unterstützung der Öffentlichkeit für die europäischen Werte hält das Land auf seinem europäischen Pfad.

Einer Einladung durch Mitglieder der Partei „Georgischer Traum“ folgend, wandte sich im Juni 2019 ein Mitglied der russischen Staatsduma und gleichzeitig Vorsitzender der „Orthodoxen Interparlamentarischen Versammlung“ vom Sitz des Parlamentssprecher aus in russischer Sprache an das georgische Parlament. Dies entzündete in Tiflis antirussische und regierungskritische Demonstrationen, die mit Tränengas und Gummigeschossen niedergeschlagen wurden. Es wurden 300 Menschen verhaftet und 240 schwer verletzt. Eine von den EU-Institutionen geforderte Untersuchung³ ist noch nicht abgeschlossen.

Ausmaß und Intensität der Proteste vom Juni 2019 zwangen die Regierung, der Forderung des Volkes nach einem proportionalen Wahlsystem für die kommenden Wahlen nachzugeben. Dies erfordert eine Verfassungsänderung, zu der noch keine Regierung zuvor bereit war, da das bestehende, semi-mehrheitliche System stets die Amtierenden bevorteilt hat.⁴ Der Weg zur Wahlreform war jedoch beschwerlich. Im November 2019 konnte die Partei „Georgischer Traum“ offenbar nicht ausreichend seiner Parlamentarier überzeugen, den entsprechenden Verfassungsänderungen in einer Plenarabstimmung zuzustimmen. Zehntausende Menschen gingen auf die Straße und ein Dutzend Abgeordnete verließ die Regierungspartei, um sich von dem zu distanzieren, was als Ausflüchte der Parteiführung gegenüber den Versprechen vom Juni 2019 interpretiert wurde.

Am 8. März 2020 einigten sich Regierung und Oppositionsvertreter schließlich mit der Unterstützung durch die Botschafter der EU, der USA und Deutschlands darauf, das Wahlsystem bereits für Oktober 2020 „proportionaler“ zu gestalten. Es wurde sich darauf verständigt, dass 120 Sitze im Parlament proportional und nur 30 Sitze per Mehrheitswahlrecht vergeben werden sollen, im Vergleich zum Verhältnis von 77 zu 73, das seit 2016 galt. Das Gesetzgebungsverfahren wurde im Juni 2020 abgeschlossen.

* Übersetzt aus dem Englischen von Lukas Haunhorst und Jana Schubert.

1 Eto Buziashvili/Givi Gigitashvili: Inauthentic Facebook network shut down in Georgia, in: Medium.com, 5.5.2020, abrufbar unter: <https://bit.ly/2Ci3Txn> (letzter Zugriff: 20.8.2020).

2 Ultra-konservative waren besonders gegenüber den Vertretern der LGBT-Rechte lautstark und gewalttätig.

3 Europäische Kommission: Joint Staff Working Document: Association Implementation Report on Georgia, Brüssel, 6. Februar 2020, SWD(2020) 30 final.

4 Emily Sherwin: Georgia: Thousands protest ruling party's broken promises, in: Deutsche Welle, 21.11.2019.

Im Vorfeld der für Oktober 2020 angesetzten Wahlen hatte das Europäische Parlament die georgischen Behörden dazu angehalten, die Fehler der Vergangenheit wie die Veruntreuung öffentlicher Mittel für politische Kampagnen, Stimmenkauf, Straflosigkeit von Gewalt und die Verbreitung von sogenannter Hassrede zu unterbinden. Gleichsam mahnte es das Recht der Wähler und vor allem der Beamten an, frei von Druck und Angst vor Vergeltung wählen zu dürfen.⁵

Georgien hat beispielhafte Vorsichtsmaßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie getroffen. Bis zum 15. Juli 2020 gab es nur 1.004 bestätigte Infektionsfälle, 873 Patienten sind bereits genesen.⁶ Andererseits wird das frühzeitige und nachhaltige Vorgehen Georgiens (einschließlich der Schließung von Schulen und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit) wahrscheinlich erheblichen wirtschaftlichen Schaden anrichten, besonders im Tourismussektor. Angesichts des begrenzten finanziellen Spielraums Georgiens und seiner Abhängigkeit von der Erweiterten Fondsfazilität (Extended Fund Facility) des Internationalen Währungsfonds sowie der makrofinanziellen Hilfe der EU gibt es Bedenken bezüglich der Ausrichtung des Ansatzes der Regierung. So lief beispielsweise der Vorschlag, steuerliche Anreize für Hypothekendarlehen zu schaffen, Gefahr, eher dem gut vernetzten Bausektor als den am stärksten Gefährdeten zu nutzen.⁷

Der Pandemienotstand machte auch erneut die spezielle Beziehung zwischen der Regierung und der georgisch-orthodoxen Kirche deutlich. Während in Georgien der Notstand herrschte, wurde in vielen Kirchen die Osterliturgie, bei der für die Kommunion ein gemeinsamer Löffel verwendet wurde, beibehalten. Die Kirche stellte sich zudem dadurch über das Gesetz, indem sie die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für Autofahrten ignorierte. Das Parlament verabschiedete daraufhin noch während des Gesundheitsnotstandes ein Gesetz, wonach orthodoxe Kirchen und Klöster Waldflächen von bis zu 20 Hektar als Eigentum in ihrer Umgebung erwerben können.⁸ Der Gesetzesentwurf wurde von der Zivilgesellschaft entschieden kritisiert, weil er das Verfassungsprinzip eines säkularen Staates nicht respektiert und als Versuch der Regierungspartei gewertet wurde, sich vor der Wahl die Unterstützung der Kirche zu erkaufen.

In Georgien herrschen nach wie vor überlappende politische und kulturelle Gegensätze. Die Regierungspartei nimmt oft gemeinsam mit der Kirche sozial-konservative und diplomatische Positionen gegenüber der Russischen Föderation ein. Die Zivilgesellschaft bleibt mobilisiert, zieht die Regierung zur Verantwortung und verteidigt europäische Werte. Angesichts asymmetrischer Machtverhältnisse spielt die EU weiterhin eine entscheidende Rolle dabei, der Regierung eine „rote Linie“ aufzuzeigen und die Spannungen innerhalb demokratischer Grenzen zu halten. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2020 wird das Wahlergebnis, aber auch das Verhalten der Regierung aufschlussreich sein.

Weiterführende Literatur

Madalina Dobrescu/Tobias Schumacher: The Politics of Flexibility: Exploring the Contested Statehood-EU Actorness Nexus in Georgia, in: *Geopolitics* 2/2020, S. 407-427.

5 Europäisches Parlament: Jährlicher Durchführungsbericht über das Assoziierungsabkommen der EU mit Georgien, Brüssel, 13.7.2020, 2019/2200(INI).

6 Zahlen gemäß einer Website der georgischen Regierung, abrufbar unter: <https://stopcov.ge/en> (letzter Zugriff: 20.8.2020).

7 Civil.ge: Georgia Unveils Plan to Help Construction Business amid Pandemic, in: Civil.ge: 28.5.2020, abrufbar unter: <https://civil.ge/archives/354123> (letzter Zugriff: 20.8.2020).

8 Civil.ge: Parliament Passes Controversial Amendments to Forest Code of Georgia, in: Civil.ge, 22.5.2020, abrufbar unter: <https://civil.ge/archives/353355> (letzter Zugriff: 20.8.2020).